

Die internationale Finanzmarktkrise

Was ist zu tun?

Hinweis zum technischen Gebrauch der PDF-Vollbildschirm-Präsentation:

Mit den Pfeiltasten ←→ können Sie vor und zurück steuern.

→ Gliederung

1. Wie kam es zur aktuellen Finanzkrise?
2. Folgen der Finanzkrise
3. Der Exportweltmeister in der Finanzkrise:
Verwundbar wegen einseitiger Export-
orientierung
4. Lehren ziehen: Wie reagiert die Bundes-
regierung? Was ist statt dessen zu tun?

:

→ 1. Wie kam es zur aktuellen Finanzkrise

Das Ende einer Krise ist der Anfang der nächsten

- Platzen der New-Economy-Blase 2001: Anleger orientieren sich von Aktien auf Immobilien um
- Die schon seit Jahren steigenden Häuserpreise steigen dadurch weiter
- Steigende Häuserpreise → Aufstockung der Hypotheken auf die Häuser → noch mehr Konsum auf Pump

→ **Sich selbst erfüllende Prophezeiungen – ein typischer Krisenverlauf**

1. Glaube an steigende Häuserpreise
→ Häuser werden zu attraktiver Anlageform
2. Das erhöht die Nachfrage nach Häusern
→ Preise der Häuser steigen weiter,
der Glaube an steigende Preise wird bestätigt
3. Glaube an steigende Preise wird so hoch, dass Häuser zu 100% auf Kredit gekauft werden
→ Motto: Wer kein Geld für ein Haus hat, kauft einfach drei auf Kredit, verkauft später zwei davon und bezahlt mit den Gewinnen aus dem Verkauf das erste

→ **Wie lief das in der Praxis?**

Banken geben 100%-Finanzierungen an kaum zahlungsfähige Hauskäufer („Subprime-Darlehen“), sehr niedrige Zins- und Tilgungszahlungen für die ersten Jahre

→ Wichtige Bedingung: Möglichkeit der „Verbriefung“ = Weiterverkauf der Kredite samt Risiken an den Kapitalmarkt

Falls Raten steigen und Käufer zahlungsunfähig werden:

→ Zwangsversteigerung, wegen steigender Hauspreise trotzdem Gewinn für Banken

Modell bricht zusammen, wenn die Hauspreise nicht mehr steigen

→ Anleger steigen aus, Preise fallen

→ Sicherheiten werden faul

→ 2. Folgen der Finanzkrise I

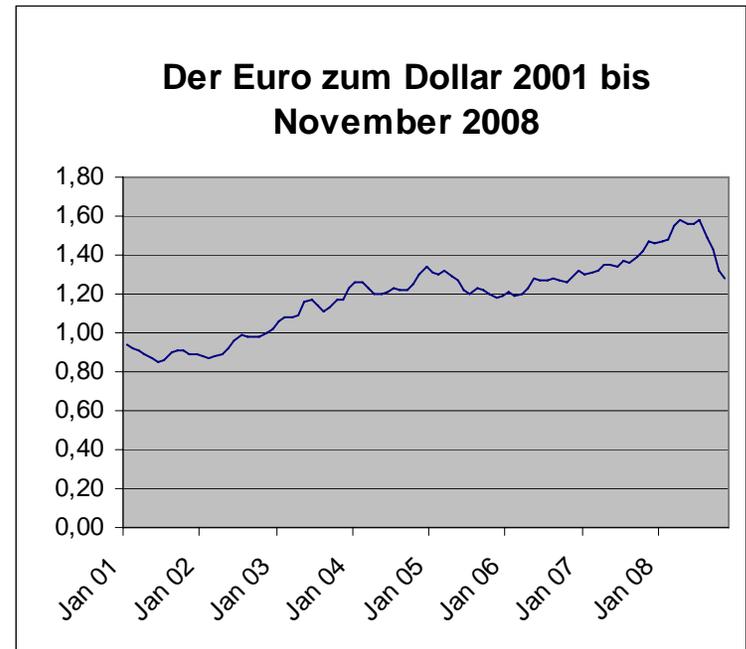
- Riesige Wertverluste bei Banken und Versicherungen
 - Aktuell geschätzte Verluste weltweit über 1.400 Mrd. US-Dollar
 - Verluste von Versicherungen inzwischen dreimal höher als Schaden durch Hurrikan „Katrina“
 - Für Versicherungskundinnen und -kunden Prämienenerhöhungen und Leistungskürzungen zu erwarten

→ Folgen der Finanzkrise II

- Situation bei öffentlichen Banken widersprüchlich
 - Die KfW als traurige Figur: IKB-Pleite, Lehman-Überweisung
 - Landesbanken: schwere Fehler, hohe Verluste
 - Sparkassen kaum betroffen, weil auf regionales Geschäft begrenzt; Erkenntnis: Rückgrat der Finanzierung von KMU in der Krise
 - Bundesregierung, Sparkassen und andere fordern „Konsolidierung“ der Landesbanken = Fusionen („Horizontale Integration“)
 - EU drängt auf Öffnung des Privatkundengeschäfts der Sparkassen für die Landesbanken („Vertikale Integration“) und damit auf die Öffnung der Sparkassen für private Investoren

→ Folgen der Finanzkrise III

- Welle von Zwangsversteigerungen von Wohnungen und Häusern vor allem in den USA
→ Viele einkommensschwache Haushalte verlieren Wohnung und Ersparnisse
- Abwärtsdruck auf den US-\$
→ Turbulenzen auf Währungsmärkten, massive Kapitalflucht aus US-Dollar in Euro



→ Folgen der Finanzkrise IV

- Kreditklemme
 - Verschärfte Bedingungen der Kreditvergabe an Unternehmen und Konsumenten, da erschwerte Refinanzierung der Banken – trotz Rettungspaket – und Abschwung
 - Wechselwirkung: Kreditklemme und Abschwung verstärken sich wechselseitig
- Neue Arbeitslosigkeit
 - Entlassungen innerhalb der Finanzbranche und branchenübergreifend, da die Finanzkrise den Abschwung vertieft

→ Folgen der Finanzkrise V

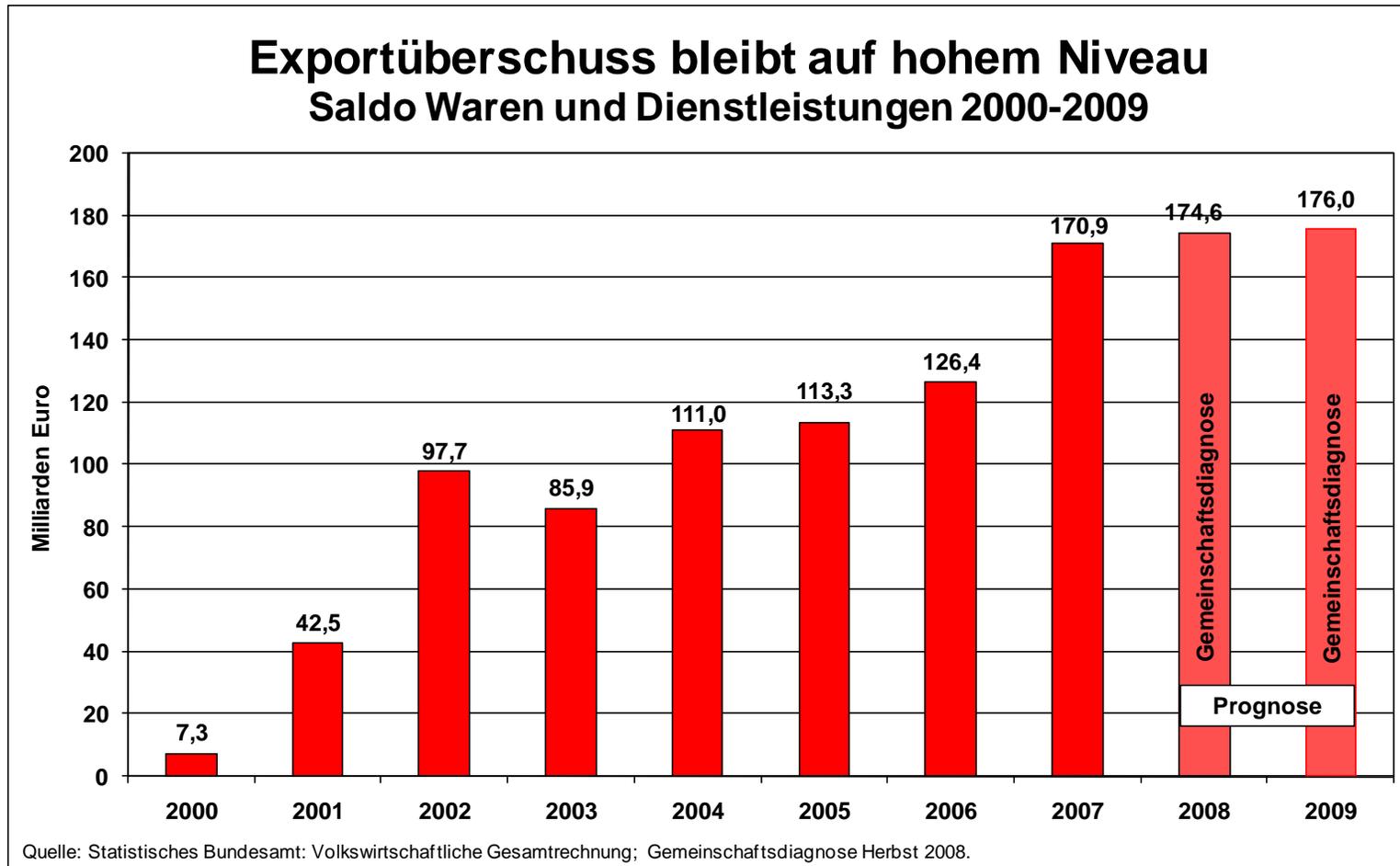
- Neue Machtverhältnisse
 - Immense Konzentrationsprozesse in der Finanzbranche
- Fondsschließungen
 - Immobilienfonds machen vorübergehend zu, um Mittelabflüsse zu vermeiden – Anleger kommen nicht an Geld
- Kreditkartenpleiten
 - Ausfallquote in den USA hat sich bereits verdoppelt
- Universität und Studium
 - Schwere Verluste durch eigene spekulative Anlagen (vor allem Harvard) – Vernichtung gemeinnützigen Kapitals
- → In Deutschland steigt Zins für Studienkredite der KfW von 5,2 auf 7 Prozent

→ Droht neue Weltwirtschaftskrise?

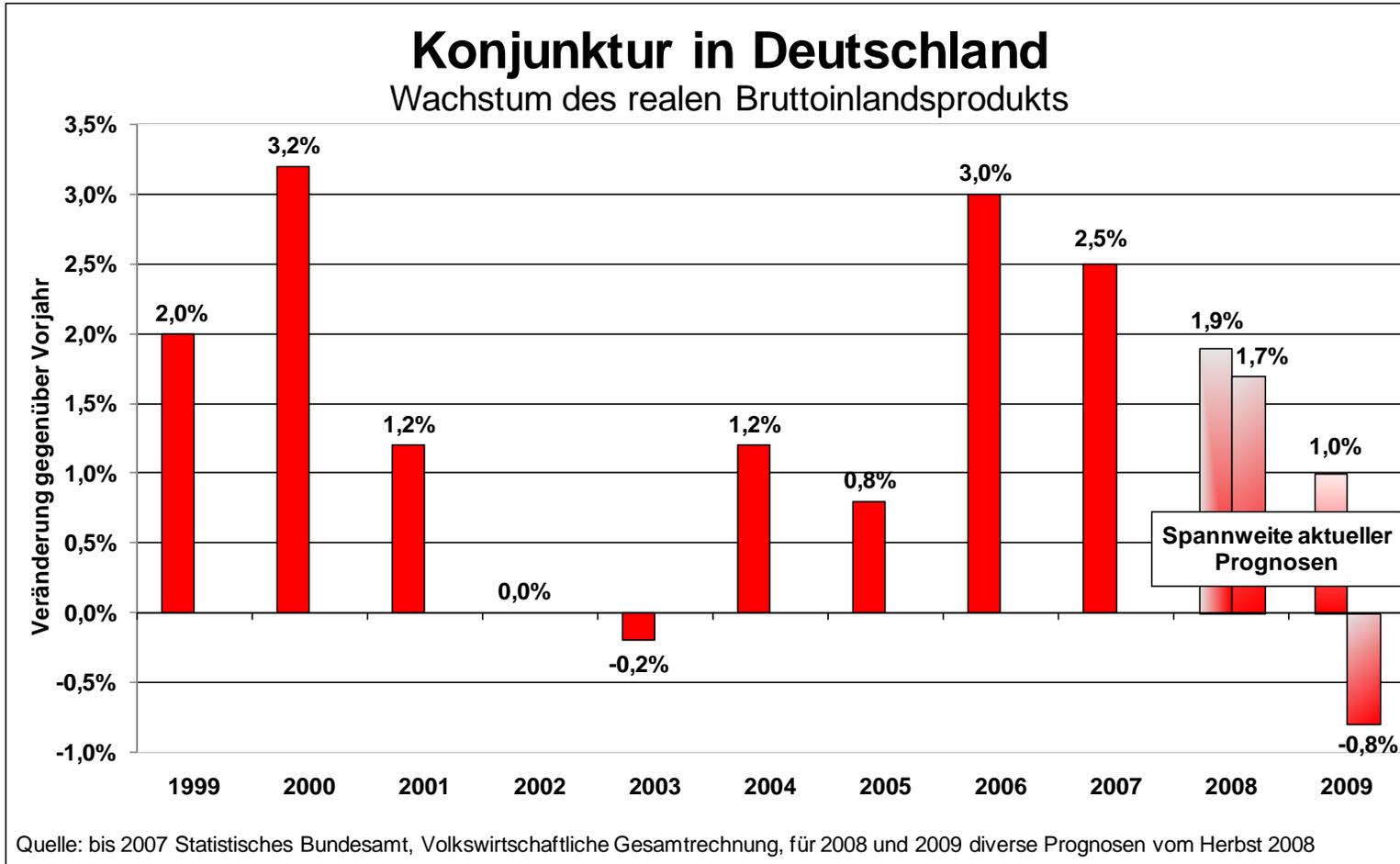
- Derzeit nicht auszuschließen, eher unwahrscheinlich
- Starker Einbruch, wenn Wirtschafts-Supermacht USA zurückfällt
 - Turbulenzen und große Unsicherheiten, bis weltwirtschaftliche Claims neu abgesteckt sind, z.B.
 - Muss Euro Weltgeldfunktion übernehmen?
 - Wohin will China seine Überschüsse exportieren?
- Druck auf Arme, Prekarierte, Erwerbslosen usw. wird zunehmen, da Kapitalseite die Kosten der Krise abzuwälzen versucht



→ 3. Exportweltmeister Deutschland: besonders verwundbar

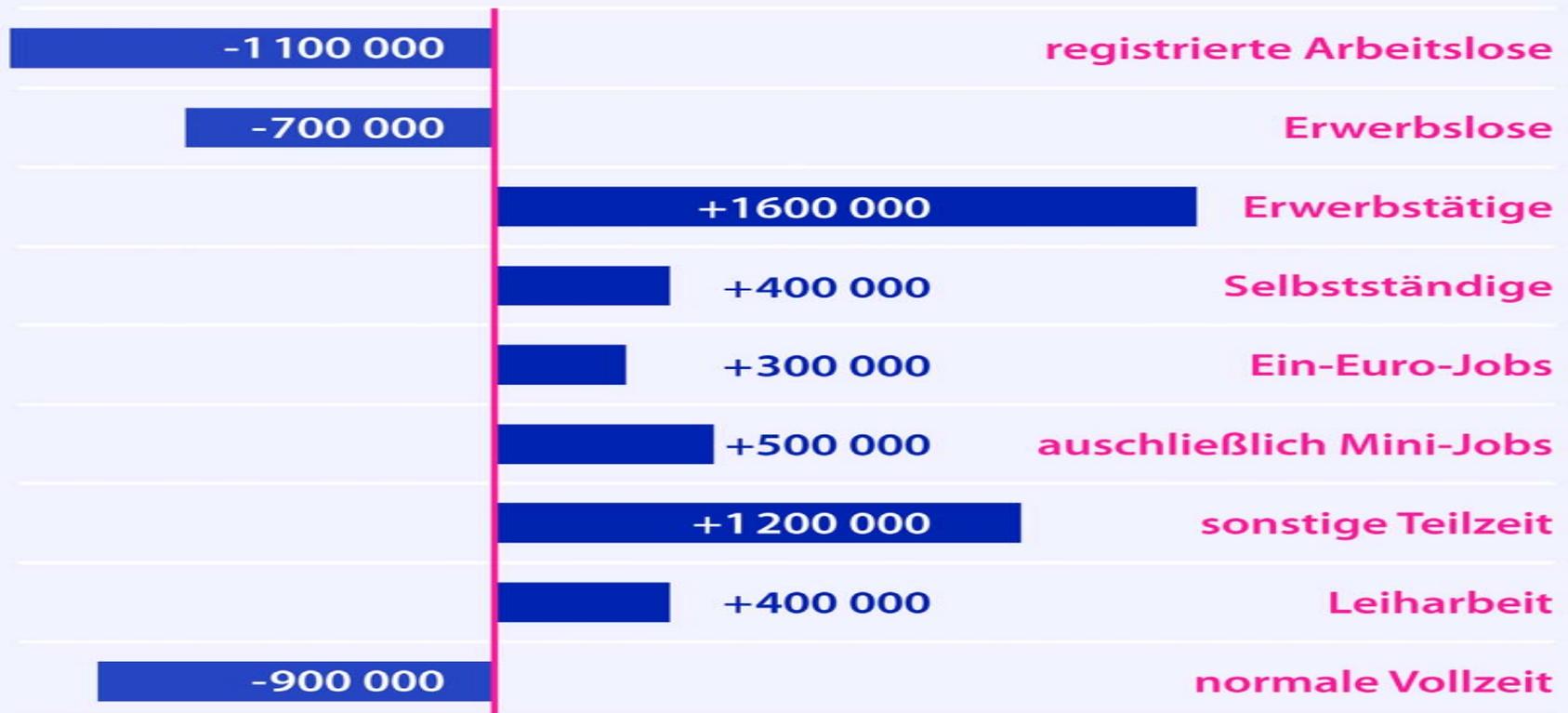


→ Niedrigwachstum



➔ Mehr Beschäftigung – Aber was für welche?

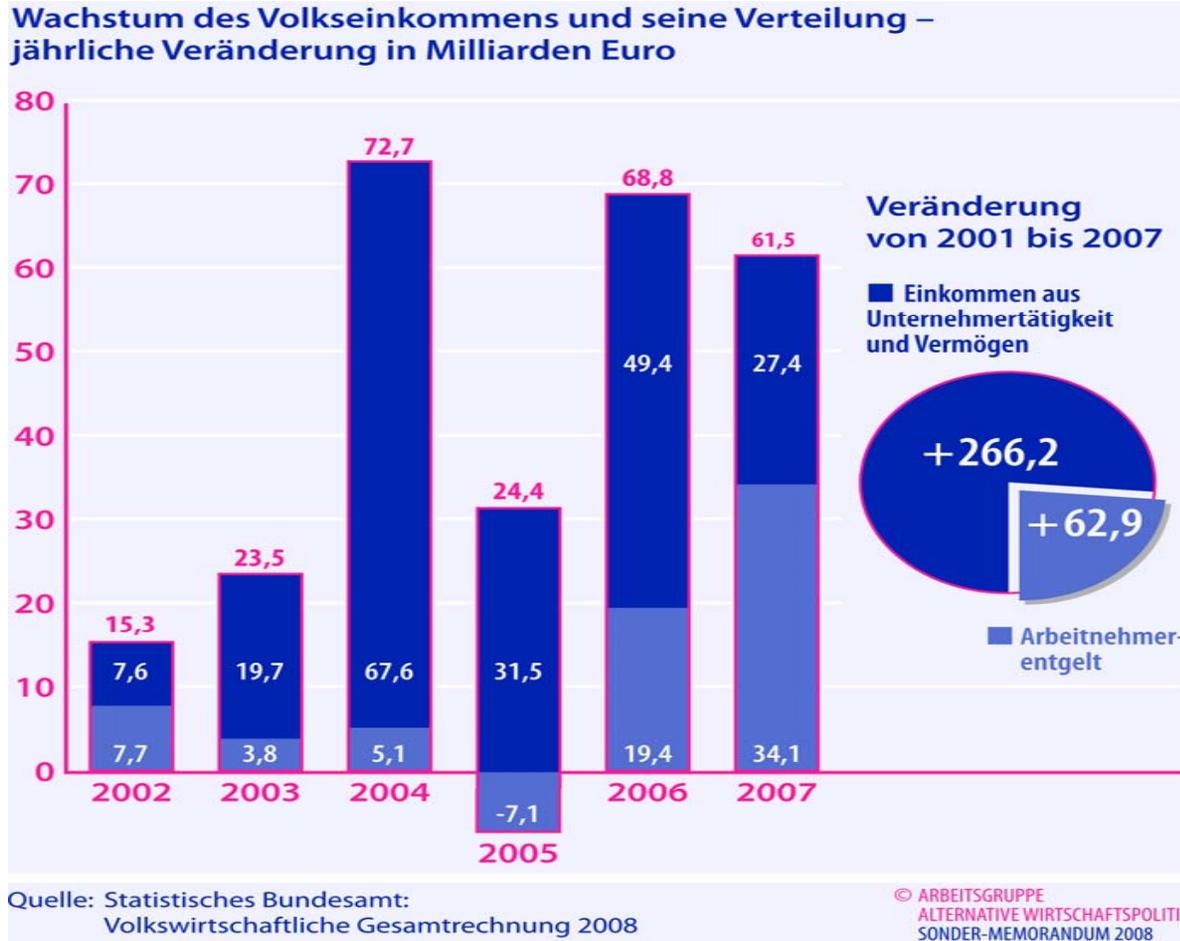
Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2003 bis 2008



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, eigene Berechnungen u. Schätzungen

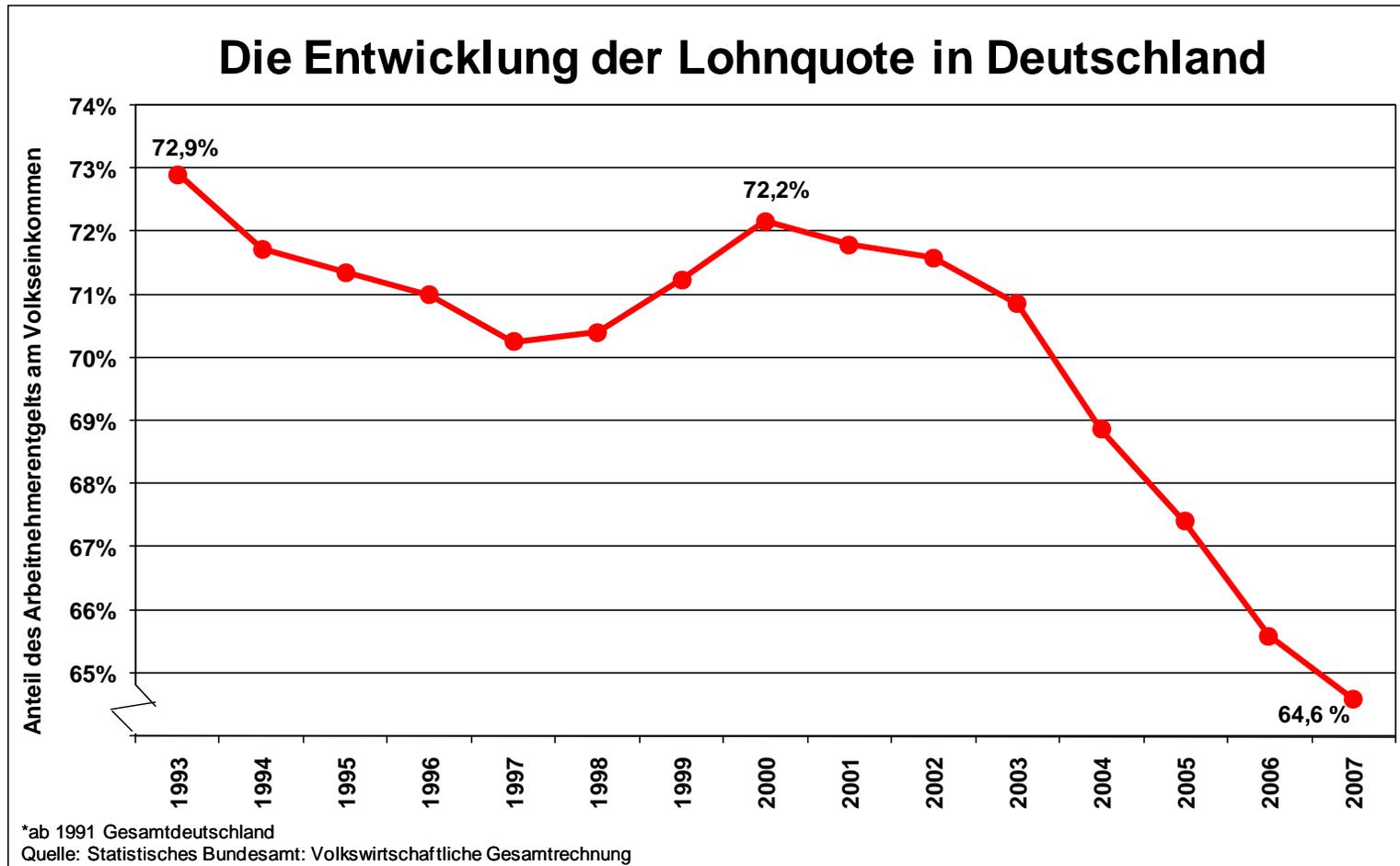
© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDER-MEMORANDUM 2008

→ Wachstum und Verteilung

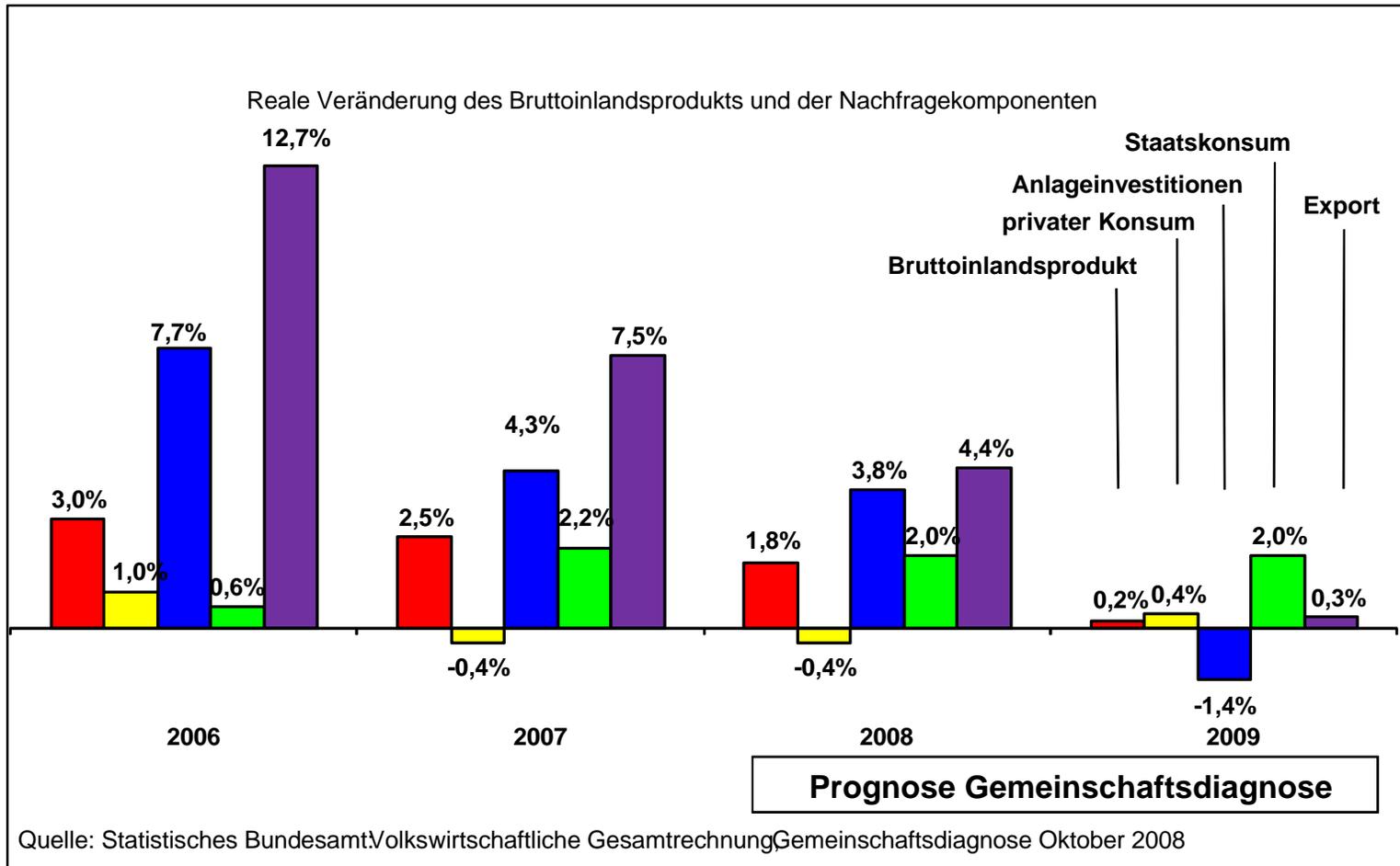


➔ Absturz der Lohnquote

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen



→ Am Rand der Rezession



→ Konsum abgehängt

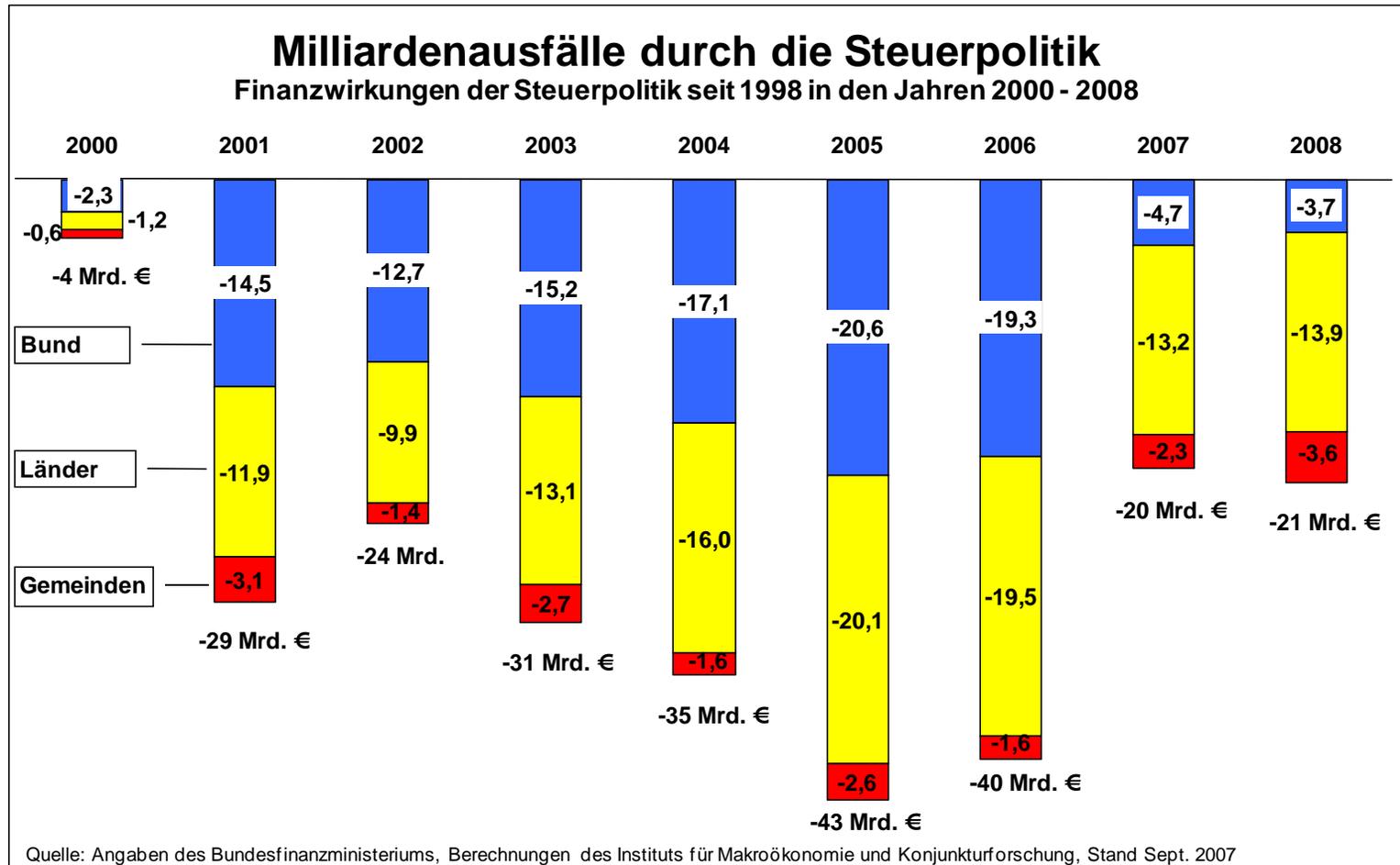
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent



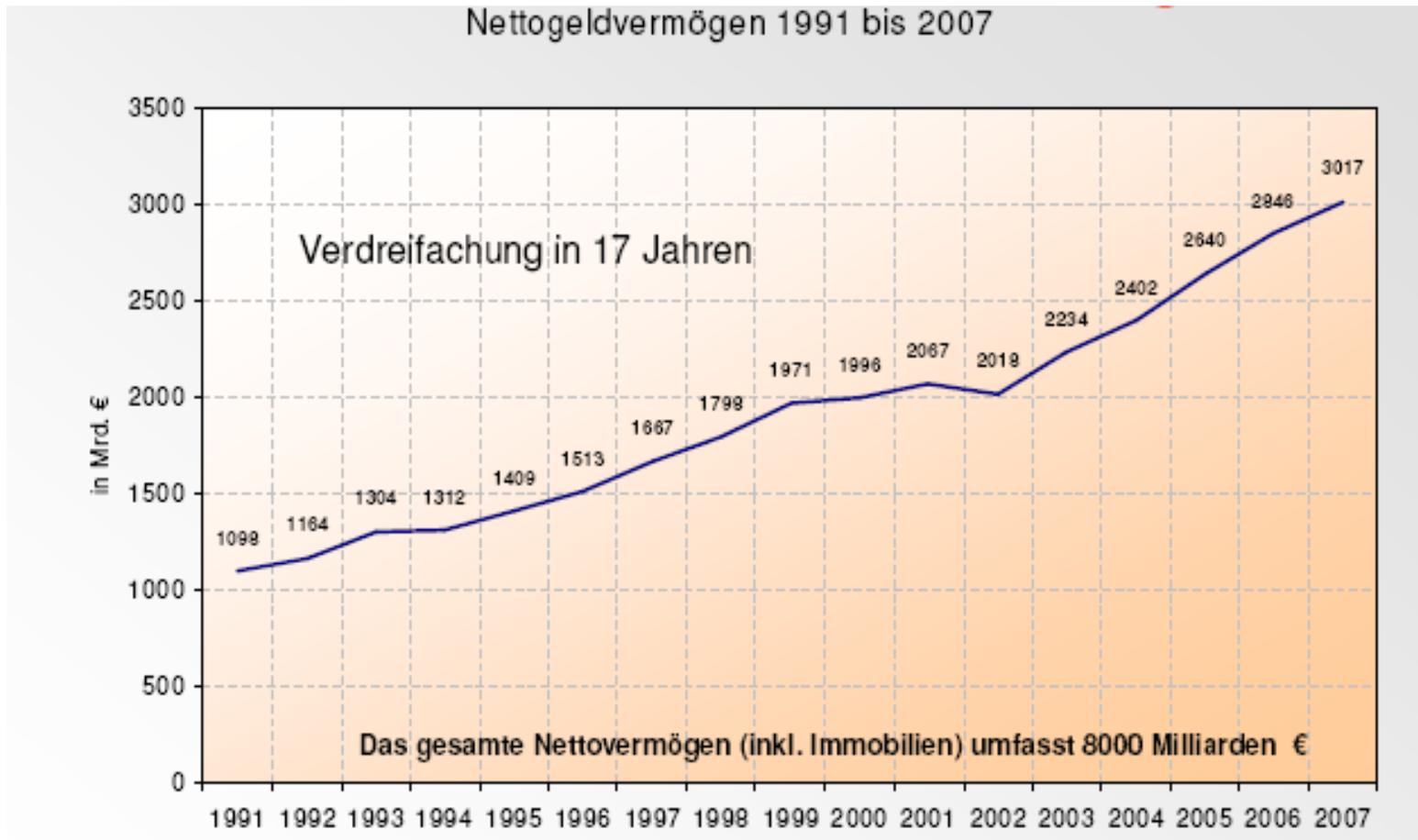
Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2008

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDER-MEMORANDUM 2008

→ Öffentliche Armut

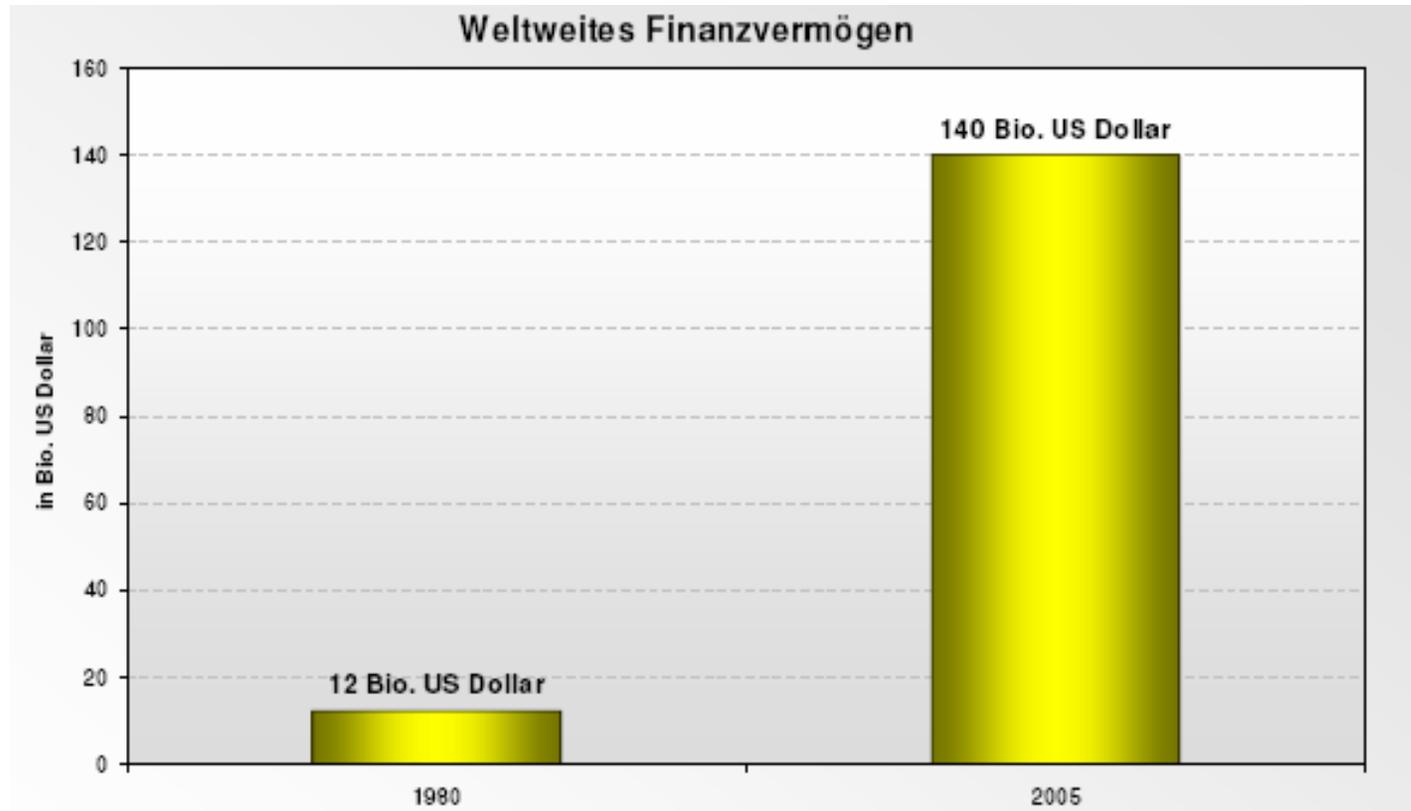


→ Privater Reichtum: Deutsches Geldvermögen



Quelle: Statistisches Bundesamt

→ Weltweite Kapitalschwemme



Finanzvermögen: Aktien, Anleihen, sonstige Schuldtitel, Einlagen

Quelle: Grefe, Schumann 2008

→ 4. Lehren ziehen – Krise bietet Chancen

- Auch Verantwortliche aus Finanzelite gestehen Ausmaß der Krise ein („Ende der Selbstheilungskräfte“)
- System unregulierter globaler Finanzmärkte wird von noch mehr Menschen abgelehnt
- Finanzelite und neoliberale Politik ohne überzeugende Antwort auf Krise

Eine Chance für die Linke und DIE LINKE:

- Finanzmärkte müssen restriktiv reguliert werden
- Gleichzeitig muss der Angebotsdruck aus den Finanzmärkten:
Umverteilung!

→ 4.1 Lehren ziehen: Was tut die Bundesregierung?

1. Jahrzehntlang hat sie die Entfesselung der Finanzmärkte vorangetrieben

- Langes Sündenregister, zuletzt im Juli 2008 „Wagniskapitalgesetz“ mit Steuerprivilegien für Finanzinvestoren

2. Heute: Scheinheiligkeit und Beschönigung

- Merkel und Steinbrück: „Wir waren schon immer für stärkere Regulierung, aber die USA und Großbritannien haben das verhindert ...“
- *„Es gibt keinen Anlass – das sage ich sehr bewusst –, an der Stabilität des deutschen Finanzsystems zu zweifeln.“*
Peer Steinbrück am 16. September 2008 im Bundestag

→ Rettungspakete der Bundesregierung

Rettung der Hypo-Real-Estate/Depfa:

- Geschäftsmodell: langfristige Kredite durch kurzfristige Schulden refinanzieren, Aufsicht bemängelt das schon im Juli als extrem gefährlich
- Bundesregierung gewährt Bürgschaft von 35 Mrd. Euro, ohne dem fragwürdigen Geschäft ein Ende zu setzen

Finanzmarktstabilisierungsfonds (SOFFIN):

- Staatlicher Einfluss sehr unverbindlich, keine parlamentarische Mitentscheidung, nur nachträgliche Berichte
- Bürgschaft von 400 Mrd. Euro für Kredite der Banken untereinander, Bundesregierung rechnet mit Ausfällen von 5%: 20 Mrd. Euro Steuergeld
- Eigenkapitalhilfe für Banken (und Aufkauf von Schrottpapieren) im Umfang von 80 Mrd. Euro Steuergeld – ohne Stimmrechte!

→ 4.2 Was ist statt dessen zu tun? Finanzmarktregulierung I

Kurz- und Mittelfristig:

- Stärkung der Aufsicht
- Alle Finanzgesellschaften so rigide wie Banken regulieren (z.B. Zweckgesellschaften, Hedge Fonds)
- Kreditverkäufe begrenzen, Derivate drastisch einschränken
- Beweislastumkehr: Finanz-TÜV
- Interessenkonflikte bei Rating-Agenturen beseitigen
- Öffentliche Banken zurückorientieren auf Finanzierungsaufgaben im öffentlichem Interesse

→ Finanzmarktregulierung II

Kurz- und Mittelfristig (Fortsetzung):

- Anlagemöglichkeiten von Pensionsfonds in riskante Investments weiter einschränken
- Haftung von Unternehmensvorständen sowie Aufsichts- und Verwaltungsräten ausweiten
- Sicherungsfonds für den Finanzsektor einrichten
- Finanztransaktionsteuer einführen
- Kapitalverkehr einschränken, Wechselkurse durch Zielzonen stabilisieren

→ Finanzmarktregulierung III

Langfristig:

- Leitbild offener Kapitalmärkte überwinden
- Symmetrische Sanktionen für Länder mit Handelsüberschüssen und -defiziten (z.B. nach dem Vorbild von Keynes' Clearing Union)
- Wirtschafts- und finanzpolitische Spielräume zurückgewinnen (z.B. soziales Europa mit hohen einheitlichen Standards, Steuern usw.)

→ Finanzmarktregulierung IV

Öffentliche Banken:

- Keine Fusionen zwischen Landesbanken
- Keine Eingriff ins Privatkundengeschäft der Sparkassen

Statt dessen:

- Sparkassen: Gemeinwohlorientierung klar festschreiben, Einstieg in die Privatisierung (z.B. Trägerkapital) abwehren
- Landesbanken: raus aus dem Finanzmarktgeschäft („Casino“), stärker rein in die Finanzierung regionaler Wirtschaftsstrukturen
 - ggf. schrumpfen, doch Dezentralität erhalten
 - politische Kontrolle öffentlicher Banken neu erfinden

→ Konjunkturprogramm der Bundesregierung

Viel zu spät und viel zu zaghaft, aber immerhin:

- Abrücken vom Ziel eines ausgeglichenen Haushalt bis 2011
- 4 Mrd. Euro zusätzliche Ausgaben in 2009; 7,7 Mrd. Euro in 2010, z.B.
 - zusätzlich 1 Mrd. Euro jährlich für Gebäudesanierung
 - KFZ-Steuerbefreiung für sechs Monate, Verschrottungsprämie
 - Verlängerung Kurzarbeitergeld von 12 auf 18 Monate für 2009
- Wie soll dieses Programm zusätzlich 50 Mrd. € Investitionen auslösen?

→ Realwirtschaft stützen

- Manche Elemente des Programms der Bundesregierung sind gut (z.B. Gebäudesanierung), doch viel zu gering:
 - Wir fordern z.B. 4 Mrd. statt 1 Mrd. Euro pro Jahr für Gebäudesanierung
- Andere Elemente sind schlecht, nur Mitnahmeeffekte (z.B. KFZ-Steuer)

**Wir fordern ein sehr viel weitergehendes Konjunkturprogramm:
64 Mrd. Euro in 2009, u.a.**

- 14 Mrd. Euro zur Stärkung der Masseneinkommen: Renten und Hartz-IV-Sätze
- 50 Mrd. Euro öffentliche Investitionen (Bildung 15 Mrd., Infrastruktur 7,5 Mrd., Energiewende 4 Mrd., Gesundheit 3,5 Mrd.), danach verändert **fortgeführt als langfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm**

→ Zukunftsinvestitionsprogramm – Überblick

Jährliche Ausgaben von 50 Mrd. jährlich für:

- Bildung (20)
- Gesundheit (5)
- Umwelt (15)
- Kommunale Infrastruktur/
Daseinsvorsorge
- Öffentlich geförderte
Beschäftigung

Was fließt zusätzlich in die Staatskasse:

- Finanztransaktionsteuer: 10 Mrd.
- Vermögensteuer: 15 Mrd.
- Erbschaftsteuer: 4 Mrd.
- Unternehmen- und
Gewerbesteuerreform: 25 Mrd.
- Verbesserung Steuervollzug: 10 Mrd.
- Selbstfinanzierung: 20 Mrd.

Das kommt zusammen: 84 Mrd.

→ Umverteilung I

Löhne erhöhen, Gewinneinkommen zurückdrängen

- Wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit führt unausweichlich zu Spekulationsblasen
- Daher: Umverteilung zugunsten der Löhne, Sozialsysteme und öffentliche Investitionen sind die beste Prävention
 - Lohndumping beenden
 - Mindestlohn einführen
 - Niedriglohnsektor schließen

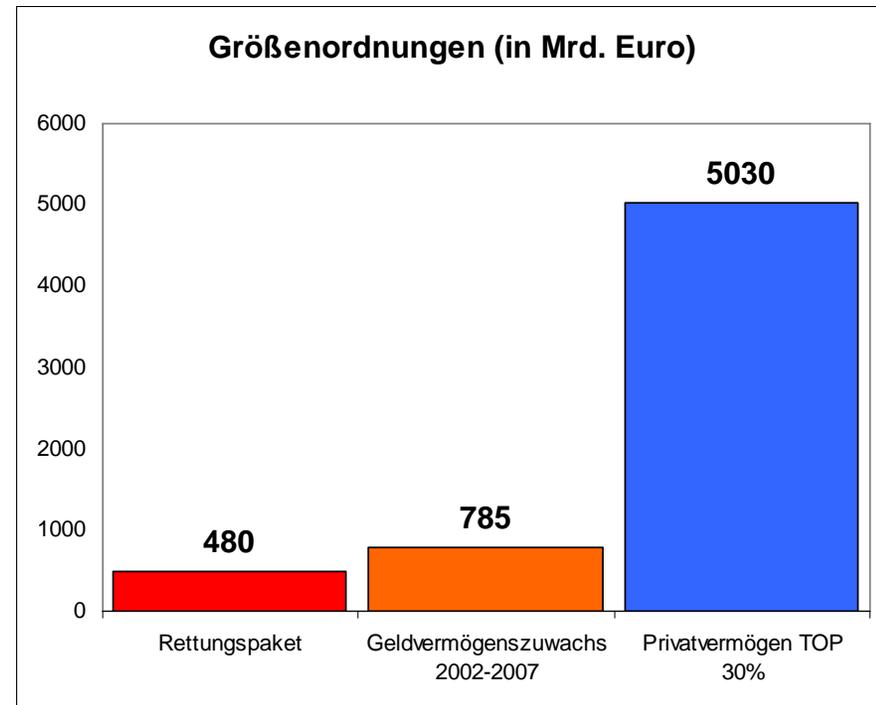
→ Umverteilung II: Die bisherigen Profiteure sollen zahlen

Steuererhöhungen für Reiche und Superreiche:

- Unternehmensteuern, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Finanztransaktionsteuer, Steuerschlupflöcher stopfen, Steueroasen trockenlegen

Sie können es sich leisten:

- Privatvermögen der reichsten 30% der Haushalte:
Weit über 5.000 Mrd. Euro



→ Globale Umverteilung

Zur Entmachtung der globalen Finanzmärkte braucht es auch eine globale Umverteilung

- Entschuldung der überschuldeten Entwicklungsländer
- Entwicklungsfinanzierung z.B. durch Erlöse internationaler Steuern